

Veranstaltung am 15.11.2017 im Marburger Weltladen

Paramilitarismus in Zeiten des Postkonflikts

William Bastidas

Bei der sehr gut besuchten Veranstaltung hielt William Bastidas aus Nürnberg, ein Journalist und Menschenrechtsaktivist, der auch Vorstandsmitglied von „kolko e.V. – Menschenrechte für Kolumbien“ ist, einen Vortrag zum Thema „Paramilitarismus“. Zu Beginn erläutert er seinen persönlichen Hintergrund: Er hat von 1996-2002 in einer Organisation in Kolumbien gearbeitet, die im Visier des Militärs stand. Die Organisation hieß „Banco de Datas“ und hat die Menschenrechtslage in Kolumbien beobachtet und in einer Zeitschrift dokumentiert. Das gesammelte Material ist jetzt Grundlage für die Wahrheitskommission. Kolleg*innen von William Bastidas wurden von den Paramilitärs ermordet. Dies sollte ein Signal sein und die Angst schüren, damit sie ihre Arbeit einstellen. 2002 wurde die Lage zunehmend gefährlicher und für seine Person immer belastender, so dass er die Anfrage des Nürnberger Menschenrechtszentrums gerne annahm und nach Deutschland kam.

Seinen Vortrag hat William Bastidas in vier Teile untergliedert:

1. Definition von Paramilitarismus
2. Überblick und Entstehung des Paramilitarismus
3. Aktuelle Situation
4. Zusammenfassung

Definition von Paramilitarismus

Es gibt mehrere Definitionen, aber William Bastidas stützt sich auf zwei Theorien:

Die erste Theorie geht davon aus, dass die Paramilitärs der bewaffnete Arm der Eliten sind und eine Hilfe für die kolumbianische Armee. Sie sind somit ein strategisches Projekt und Bestandteil des Staates.

Die Verknüpfung von Paramilitär und Staat ist nicht zu leugnen.

Die zweite Theorie sieht die Paramilitärs unabhängig vom Staat. Sie werden als autonome Gruppe und als Antwort auf die Gewalt der Guerillas betrachtet. Diese Auffassung wird stark von staatlicher Seite untermauert.

Überblick und Entstehung des Paramilitarismus

In den 40er Jahren wurden Bäuer*innen, die sog. „Chulavitas“, von den Konservativen bewaffnet, um gegen die Liberalen und die damals noch unpolitischen Guerillas vorzugehen. Das Ganze blieb ohne rechtliche Konsequenzen. In den 60er Jahre wurde ein Gesetz erlassen, in dem das gewaltsame Handeln legitimiert wurde, was wiederum das Fundament für die Entstehung des Paramilitärs wurde.

1964 entsteht aus der Guerilla die FARC

Während des Drogenkriegs 1983 leugnet die Regierung die Verbindung zu den Paramilitärs.

Erst danach bekennt sich der Staat zu einer Verbindung. 1987 und 1988 werden die Paramilitärs mit staatlicher Billigung ausgebildet und ein Jahr später erklärt der Oberste Gerichtshof Kolumbiens die Paramilitärs für illegal, da das Gewaltmonopol beim Staat liege.

1994 wiederum rechtfertigt der Staat die Paramilitärs und erlässt ein Dekret zur Gründung der CONVIVIR, eines privaten Sicherheitsdienstes.

1997 kommt es zu einer Expansion des Paramilitarismus. Es entsteht die Dachorganisation der Paramilitärs, die AUC. Diese vereinigten Bürger*innenwehren richteten viele Massaker an.

Zwischen 2002 und 2006 findet unter Präsident Uribe eine „Demobilisierung“ der Paramilitärs statt. Viele Paramilitärs sollten verurteilt werden.

Die meisten Opfer der Paramilitärs hatten nichts mit der Guerilla zu tun, sondern waren Bäuer*innen, die sich nicht von ihrem Land vertreiben lassen wollten. Nach dem „Friedensabkommen“ sollte es keine Paramilitärs mehr geben. Nach dem Gesetz beginnt nun der Prozess der Aufklärung. Aber die Dunkelziffer über die verübten Massaker und Morde ist hoch. Da viele staatliche Akteur*innen daran beteiligt waren, wird sich der Prozess der Aufklärung sehr lange hinziehen.

Aktuelle Situation

Die Regierung behauptet gegenwärtig, dass es keine Paramilitärs mehr gebe. Jedoch stellen Menschenrechtsbeobachter*innen fest, dass weiterhin paramilitärische Gruppen existieren, die von staatlicher Seite als „kriminelle Gruppen“ bezeichnet werden.

Drei besondere Gruppen sind derzeit aktiv:

1. Ex-Mitglieder*innen der AUC, die Beziehungen zu Politiker*innen unterhalten
2. „Beschützer*innen“ von illegalen Einkommen, z. B. die Mafia
3. Söldner*innen und Auftragsmörder*innen, die vor allem soziale Bewegungen einzuschüchtern versuchen

Bis heute werden Drohbriefe verschickt. Die Friedensgemeinden haben unter der Präsenz der Paramilitärs besonders zu leiden. Wie im Internet zu lesen ist, passieren auch heute noch Morde.

Zusammenfassung

Die Regierung hat sich verpflichtet, paramilitärische Strukturen zu bekämpfen. Die Paramilitärs setzen jedoch auf eine Strategie der Unterdrückung, und somit ist nach Ansicht von William Bastidas kein wirklicher Friedensprozess möglich.

Im Anschluss an den Vortrag wurden mehrere Fragen aus dem Publikum gestellt, die kleine Diskussionen anregten:

Frage: Gab es friedliche Zeiten in Kolumbien?

Antwort: Ja, aber das ist sehr lange her und war nur punktuell – in einigen Regionen.

Frage: Welche Funktion haben die Paramilitärs?

Antwort: Sie sollen offiziell die Guerilla bekämpfen. Die großen Unternehmer*innen bezahlen die Paramilitärs, um die Bodenschätze auszubeuten, wie z. B. Kohle, aber auch um Palmölplantagen zu errichten. Sie dienen ebenso dazu, politische Gegner*innen mundtot zu machen.

Frage: Wie sieht eine Unterstützung von Europa aus, damit die Paramilitärs nicht mehr aktiv werden?

Antwort: Der internationale Druck auf die Regierung ist wichtig. Ein schneller Kohleausstieg für Deutschland ist notwendig, da Kolumbien für uns der größte Steinkohlelieferant ist, ebenso wie für Palmöl. Vor allem aber sind die sozialen Bewegungen zu unterstützen.

Frage: Gibt es Gegenbewegungen?

Antwort: Ja, trotz der Gewalt gibt es große Gegenbewegungen, z.B. die Friedensgemeinden.

Frage: Gibt es seit dem Friedensabkommen Verbesserungen?

Antwort: Ja, die allgemeine Gewalt hat sich verringert

Frage: Weshalb gab es bei der Volksabstimmung zum Friedensabkommen so viele Neinstimmen?

Antwort: Die Gründe liegen darin, dass die Wahlbeteiligung sehr gering war und viele eine rechtsgerichtete Einstellung haben. Auch die Umfragen vor der Abstimmung haben die Wahl beeinflusst. Die direkt betroffene Bevölkerung hat eher nicht gewählt. Hinzu kommt, dass die Sozialen Medien auch stark beeinflussen durch Fake-News. Die kolumbianische Bevölkerung ist stark gespalten.